

Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen in den Gremien des VRR zur Einvernehmensherstellung des Ausschusses für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landtages NRW vom 13.03.2014 (MOF 2 – Nachrückermaßnahmen)

In seiner Sitzung am 13.03.2014 hat der Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landtages NRW (ABWSV) über die Aufnahme von weiteren Maßnahmen in die Bahnhofsmodernisierungsoffensive 2 (MOF 2) (sogenannte MOF 2 – Nachrückermaßnahmen) beraten und sein Einvernehmen zur Aufnahme der sechs Stationsmaßnahmen Wuppertal-Oberbarmen, Herne, Wattenscheid, Paderborn Kasseler Tor, Wuppertal-Barmen und Billerbeck in den Teil A des ÖPNV-Infrastrukturfinanzierungsplanes (IFP) als Maßnahmen im besonderen Landesinteresse gemäß § 13 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 ÖPNVG hergestellt. Dies war möglich geworden, weil rd. 20 Mio. € an Einsparungen bei der Umsetzung der bereits geplanten MOF 2 – Maßnahmen erwartet werden. Das prognostizierte Investitionsvolumen zur Umsetzung der sechs Bahnhofsmassnahmen die nachrücken sollen beträgt rd. 18,36 Mio. €.

In der dazugehörigen Sitzungsvorlage des ABWSV wurden neben der Aufnahme der genannten sechs Stationen in den Teil A des IFP auch vorgeschlagen, die Stationen Hagen-Hohenlimburg, Wuppertal-Vohwinkel, Köln-Mülheim, Langenfeld-Berghausen, Rösrath, Haan und Rommerskirchen als weitere mögliche Nachrücker in den Teil B des IFP aufzunehmen. Dieser Empfehlung ist der ABWSV in seiner Sitzung am 13.03.2014 nicht nachgekommen.

Die Gremien des VRR sind der Ansicht, dass das zur Verfügung stehende Investitionsvolumen für potentielle MOF 2 – Nachrückermaßnahmen mit der Aufnahme von sechs Stationen in den Teil A des IFP noch nicht ausgeschöpft ist. Sie bitten daher die Verwaltung der VRR AöR beim zuständigen Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes NRW sich zu erkundigen, warum der ABWSV es vorerst abgelehnt hat, die genannten sieben weiteren Stationsmaßnahmen in den Teil B des IFP vorsorglich aufzunehmen **und darauf hinzuwirken, dass der Landtag die Maßnahmen im IFP Teil B aufnimmt.**

Frank Heidenreich
CDU-Fraktion im VRR

Norbert Czerwinski
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im VRR